

WTO-Ministerkonferenz in Hongkong 2005

Fact-Sheet «WTO-Dienstleistungsabkommen GATS»

Ausgangslage:

Interesse an einer Liberalisierungsrunde des Handels mit Dienstleistungen haben insbesondere die Industrieländer mit ihren wettbewerbsfähigen Dienstleistungskonzernen. Sie wünschen sich für ihre Unternehmen neue Märkte, insbesondere in den grösseren Entwicklungsländern. Zu den Dienstleistungen gehören z.B. Leistungen von Banken, Versicherungen, das Management, der Tourismus, aber auch heikle, politisch stark regulierte Bereiche wie die Bildung, das Gesundheitswesen, der öffentliche Verkehr oder die Wasser- und Energieversorgung.

Spätestens Ende 2006 müssen alle Länder bei der WTO eingeben, welche Dienstleistungssektoren sie ausländischen Firmen öffnen und welche nationalen Regulierungen sie zugunsten ausländischer Investoren abschaffen wollen. Die Entwicklungsländer sind mit Liberalisierungsangeboten sehr zurückhaltend, fürchten sie doch, ihre zum Teil noch schwachen Dienstleistungsindustrien der internationalen Konkurrenz auszusetzen. Mit ihrer zögerlichen Haltung geraten sie in den gegenwärtigen Verhandlungen gewaltig unter Druck der Industrieländer. Beispielsweise hat die EU von über 70 Ländern verlangt, ihren Wassersektor für europäische Konzerne zu öffnen. Auch verlangt sowohl die EU als auch die Schweiz von zahlreichen Entwicklungsländern, dass sie ihren Finanzsektor öffnen und sogar Kapitalverkehrskontrollen abschaffen sollen, obwohl dieses Mittel selbst vom IWF als ein unter Umständen sinnvolles Instrument angesehen wird.

Galt bis anhin das GATS-Abkommen als ein relativ flexibles Abkommen, wo jedes Land frei wählen konnte, welchen Bereich es ausländischen Investoren öffnen wollte, verlangen nun die Industrieländer – massgeblich auch die Schweiz - eine Mindestanzahl von Marktöffnungen. Dies ist eine radikale Abkehr von ihrem früheren Versprechen, die Anliegen der Entwicklungsländer ins Zentrum stellen zu wollen.

Position der Schweiz: die Schweiz hat sich zum primären Ziel gesetzt, die anderen WTO-Mitgliedsländer, insbesondere die grösseren Entwicklungsländer, zu weitgehenden Marktöffnungen für Schweizer Firmen zu bewegen.

Forderungen der Erklärung von Bern an die Schweizer Regierung:

- Die Schweiz soll davon absehen, auf Entwicklungsländer Druck zu machen, ihren Tourismus-, Transport-, und Finanzbereich zu öffnen und Kapitalverkehrskontrollen abzuschaffen
- Die Schweiz soll sich für eine umfassende und wie im GATS-Vertrag vorgesehene Evaluation einsetzen, was Liberalisierungen in einzelnen Ländern und in den einzelnen Dienstleistungssektoren bedeuten würden
- Die Schweiz soll ausdrücklich darauf verzichten, Bereiche des Service public den WTO-Regeln und somit dem internationalen Wettbewerb zu unterstellen
- Die Schweiz soll sich dafür einsetzen, dass Entwicklungsländer keine Mindestanzahl von Marktöffnungen vornehmen müssen